A1 Wahlprogramm 2021: Bürger*innenbeteiligung nach Losverfahren

Gremium: Schreibgruppe

Beschlussdatum: 19.07.2020

Text

1 "Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die
2 unterschiedlichen Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess
3 einbringen zu können." (Entwurf Grundsatzprogramm)

4 Visionen 2050

5 Die gelebte Demokratie des Jahres 2050 erschöpft sich nicht darin, einmal alle
6 fünf Jahre zur Wahlurne zu gehen. Durch Bürger*innenbeteiligung erhalten
7 insbesondere diejenigen, die von politischen Entscheidungen besonders betroffen
8 sind, die Möglichkeit, diese Entscheidungen mitzugestalten. Dabei ist
9 Bürger*innenbeteiligung im Jahr 2050 nicht mehr dominiert vom Bildungs- und
10 Wutbürgertum, sondern es werden auch diejenigen einbezogen, die derzeit aus
11 verschiedenen Gründen in Verfahren der Bürger*innenbeteiligung häufig wenig
12 berücksichtigt werden: zum Beispiel sozial Benachteiligte, Menschen mit geringer
13 (politischer) Bildung und wenig (politischem) Selbstbewusstsein, Menschen mit
14 Migrationshintergrund, Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung.

15 Meilensteine 2035

16 Als eine von mehreren Maßnahmen zum Erreichen dieser Vision haben wir 2035 in
17 bestimmten Themenbereichen Bürger*innenbeteiligung nach Losverfahren etabliert.
18 Dabei werden zufällig ausgewählte betroffene Bürger*innen projektbezogen oder
19 für einen begrenzten Zeitraum in Gremien ("Bürger*innenräte") berufen, die die
20 gewählten Institutionen beraten. In ihnen kommen Vertreter*innen der pluralen
21 Interessen der Stadtgesellschaft zusammen, tauschen sich aus und können
22 Expert*innen anhören, ohne unter dem Druck des politischen Prozesses (Kampf um
23 Aufmerksamkeit, Fraktionszwang, Koalitionsvereinbarungen, Wiederwahl etc.) zu
24 stehen. Die Bürger*innenräte haben eine hohe politische Bedeutung und können
25 daher nicht einfach übergangen werden. Diese Bedeutung und die damit
26 einhergehende Verantwortung sorgt auch dafür, dass die ausgelosten Bürger*innen
27 ihre Aufgabe ernst nehmen.

28 Maßnahmen 2026

29 In einigen Staaten wurden bereits positive Erfahrungen mit ausgelosten Gremien
30 gemacht, etwa in Irland (Bürgerversammlung über Verfassungsreform zur
31 Abschaffung des Abtreibungsverbots 2018) oder Frankreich (Bürgerkonvent für das
32 Klima 2020). In Deutschland fehlen bisher umfassende Erfahrungen, zahlreiche
33 praktische Fragen bedürfen der Diskussion und Klärung. In der nächsten
34 Legislaturperiode sollte es in Berlin daher sowohl auf Bezirks- wie auch
35 Landesebene Pilotprojekte zur Bürger*innenbeteiligung im Losverfahren geben.
36 Geeignet erscheinen dafür etwa Projekte im Bereich der Stadtentwicklung. Dafür
37 wird eine gesetzliche Grundlage geschaffen.